

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Bernard Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postsekretäre:
Dresden 1530.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 100.

Donnerstag, 30. April 1931, abends.

84. Jahrgang.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; getrauben- und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Arbeitszeit. Verleger: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Frage der Neuanfänger.

Immer wieder konnte man in der letzten Zeit lesen, der Reichsfinanzminister sei von dem zurückbleibenden Steuerertrag so niedergedrückt, daß er ungehindert von seinem Ermächtigungsgesetz Gebrauch machen und der Regierung weitgehende Einsparungen und sogar neue Steuern in Vorschlag bringen werde. Wir haben nun wiederholt darauf verwiesen, daß Dr. Dietrich über den Stand der Finanzen im neuen Etatjahr noch gar keine Ueberblick haben kann, sondern notgedrungen abwarten muß, um sich erst ein richtiges Bild zu machen. Diese Auffassung wird jetzt von maßgebender Seite bestätigt, die uns erklärt, Dr. Dietrich sehe die Schwierigkeiten, die sich infolge des Fehlbetrages des letzten Jahres und des Steuerrückganges im laufenden Etatsjahr einstellen müssen, sehr wohl, aber er werde keine Maßnahmen erst abschließen können, wenn er sich eine genaue Ueberblick geschaffen hat. Von parteipolitischen Seiten ist darauf hinzuwirken, daß er zunächst den sozialdemokratischen Parteitag im Mai und Juni abwarten wolle, einmal, um die Stimmung der Sozialdemokraten kennen zu lernen, sodann aber auch, um dieser Partei nicht die Möglichkeit zu geben, bereits in die Maßnahmen einzugreifen. Diese Argumentation ist falsch. Die Sozialdemokraten wissen sehr wohl, daß der Finanzminister nicht daran denkt, neue Steuern in Vorschlag zu bringen. Dietrich hat sich verpflichtet, von neuen Steuern abzusehen, sondern daß er Einsparungen vornehmen werde, und zwar Einsparungen dort, wo die sozialdemokratischen Interessen schwer getroffen werden. Demnach könnten die Sozialdemokraten sich auf ihrem Parteitag schon gegen die Dietrich'schen Pläne wehren. Sie werden es auch tun. Dietrich glaubt indessen weniger auf die Sozialdemokratie, als auf die ganze Entwicklung Rücksicht nehmen zu müssen und will vor allem nichts übersehen. Tatsächlich sind Verhandlungen mit den einzelnen Ressorts im Gange, die Ausgaben jetzt schon herabzusetzen, um später desto leichter Einsparungen machen zu können. Auch das Reichsfinanzministerium hat sich der Reichsfinanzminister gewandt. Es ist aber falsch, wenn es heißt, er werde bei diesem zunächst eine Ausgabenlücke von etwa 50 Millionen vornehmen. Die Einsparungen werden leider auf sozialem Gebiete liegen.

Hier aber gehen zwei Strömungen, eine gegen die andere für den Finanzminister, die eine, die die sozialen Ermächtigungsgesetze nicht antasten lassen will, obwohl sie bereits fast genug angefaßt sind, die andere, die immer schon dahin wirkte, die sozialen Ermächtigungsgesetze einzuschränken. Freilich dachte die Deutsche Volkspartei bei diesen Forderungen in der Hauptsache daran, daß es zu einer Senkung der Beiträge für die sozialen Versicherungen kommen werde, und somit die Wirtschaft noch dieser Richtung entlastet würde. Wenn indessen der Finanzminister nur die Reichszuschüsse kürzen will und die Lasten für die Wirtschaft die gleichen bleiben, ist dieser und der Forderung der Deutschen Volkspartei wenig gedient. Vor allem ist man heute schon sicher, daß der alte Bedanke, Steuerentlastungen vorzunehmen, gar nicht mehr zur Erörterung kommen kann. Man dürfte zufrieden sein, wenn es dem Finanzminister gelingt, die Ausgaben mit den verringerten Einnahmen, gestützt auf das Ermächtigungsgesetz im Einklang zu bringen.

Und nun wird immer wieder verlangt, die Sanierung müsse sich auch auf die Beilegung der Reparationen stützen können. Man ist verwundert, daß die Regierung noch immer nichts gegen die Reparationszahlungen unternommen hat, obwohl sie i. H. versichert, mit der Erledigung des Etats und der parlamentarischen Arbeiten gelangt sie zu der wichtigen Aufgabe, für die Revision der Reparationen zu sorgen. Neuerdings wird behauptet, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt sei, und wieder auf die Staatsverträge hingewiesen. Demnach könnte man annehmen, daß die Regierung an die Lösung des Reparationsproblems nicht früher herangehen wird, ehe der Finanzminister nicht volle Gewißheit über die Lage der Finanzen und des Ausfalls der Finanzen gefunden hat, ehe er nicht seine Neuanfänger hinter sich hat. Wie aber immer bei der Diskussion solcher Fragen melden sich bereits Bestimmen, die der Ueberzeugung Ausdruck geben, der Neuanfänger werde eine neue und gründliche Sanierung folgen müssen.

Dr. Renner Nationalratspräsident

Wien, 30. April.

Bei der Wahl des Nationalratspräsidenten erhielt im ersten Wahlgang keiner der vier Kandidaten die absolute Mehrheit. Im zweiten Wahlgang wurden 147 Stimmzettel abgegeben, von denen 61 unbeschrieben waren. Auf Dr. Renner (Soz.) entfielen 68, auf Dr. Kamel (Christl.-Soz.) 18 Stimmen. Dr. Renner ist somit zum Präsidenten des Nationalrats gewählt.

Dr. Renner hielt eine Ansprache, in der er u. a. auch auf die gegen den Parlamentarismus gerichteten Anwürfe und Kritiken zu sprechen kam. Gerade die österreichische Volkswirtschaft habe in den Aufbaufahren nach dem Untergang unter den schwierigsten Verhältnissen Leistungen vollbracht, die im ganzen Auslande voll gewürdigt werden und

Die Beratungen über zollpolitische Maßnahmen.

Nach dem bisherigen Gange der Beratungen über die Zölle ist zwar mit der vorläufigen Zurückstellung der Zollerhöhung bis nach Genf und Chequers zu rechnen, aber noch lange nicht mit einem definitiven Verzicht des Reichs-ernährungsministers auf seine Pläne auch auf diesem Gebiete. Man kann es vielmehr als sicher betrachten, daß der Minister Schiele, wenn es der Verlauf der internationalen Verhandlungen nun irgend zu gestatten scheint, und wenn das Kabinett nicht ganz fest bleibt, seine Kampagne fortsetzen wird. Vorläufig begnügt er sich mit den Jugendschlüssen, die ihm das Kabinett bisher gemacht hat und die auch schon reichlich hoch und für die Entwicklung unserer Handelspolitik nicht von Vorteil sind. Wegen dieser Jugendschlüsse namentlich bei den Zöllen auf Rülfenfrüchte, Speck, Schmalz und Käse und gegen die Herabsetzung der Qualität des Brotes beim sogenannten Konsumrot, haben die Sozialdemokraten gestern ihre Bedenken geltend gemacht. Sie sind noch nicht so weit gegangen, diese Maßnahmen mit einem Antrag auf Einberufung des Reichstags zu beantworten, die sie nicht vor ihrem Ende Mai und Anfang Juni stattfindenden Parteitag und erst nach der Konferenz von Chequers unter Umständen für angeeignet halten. Inzwischen haben aber auch die christlichen Gewerkschaften ihre Meinung über die Zollerhöhung zu erkennen gegeben, indem die Kölner Zentrumswarbeiter in einem an die Reichsregierung gerichteten Telegramm dringend „vor jeder Zollerhöhung und jeder sonstigen preissteigernden Maßnahme“ warnen. Die Regierung erhält also aus ihrem elementaren Lager Warnungen vor der Weiterführung einer Politik, die auch fernerhin mit halben Jugendschlüssen durchzuführen hofft. Sie sollte dieses Zeichen nicht zu leicht nehmen. Im preussischen Landtag ist ein Antrag der deutsch-nationalen Fraktion eingegangen, worin die Staatsregierung ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin vorzulegen zu werden, daß entweder eine sofortige Zurückziehung der Rotverordnung vom 28. März d. J. erfolgt oder aber dem Reichstag beschleunigt Gelegenheit gegeben wird, über sie endgültig zu entscheiden.

Einigung über die zollpolitischen Maßnahmen der Regierung.

Berlin. (Funkdruck.) In der gestrigen Chefbesprechung über die zollpolitischen Maßnahmen, die unter Vorsitz des Reichsfinanzministers stattfand, und an der die mitarbeitenden Reichsministerien — Ernährungsministerium, Außenministerium — teilnahmen, ist es, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, zu einer vollständigen Einigung gekommen. Eine Rabinettstimmung ist für heute nicht angelehrt worden; insofern trifft also die durch die Presse gebrachte Nachricht von einer Verschiebung der Rabinettstimmung nicht zu.

Chefbesprechungen in der Reichskanzlei.

Finanz- und Sozialreform verzögern sich.

Berlin. Am Mittwochabend 18 Uhr fand in der Reichskanzlei eine Chefbesprechung unter dem Vorsitz von Dr. Brüning statt, an der der Ernährungsminister, der Außenminister und der Arbeitsminister teilnahmen. Die Besprechung diente der Vorbereitung der Rabinettstimmungen, die am Donnerstag über die Agrarfragen fallen sollen. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß, wie bereits gemeldet, die Besprechungen über die Zollerhöhungen beschlossen werden wird. Die Entscheidungen über den Zollerhöhung werden ausgesetzt.

Die Erledigung der Finanz- und der Sozialreform hätte dagegen noch einige Zeit auf sich warten lassen. Die Arbeiten des Braun-Ausschusses an den beiden letzten Gutachten sind, sicherem Vernehmen nach, noch nicht soweit gediehen, daß mit schnellen Entscheidungen des Reichskabinetts gerechnet werden könnte. Den Abschluß der Gutachtentätigkeit des Braun-Ausschusses erwartet man für Ende Mai, so daß die sozialpolitischen Reformen frühestens Anfang Juni durchgeführt werden können.

Unabhängig davon soll aber noch vor Pfingsten die Anaphtalinderivatsicherung fertig werden, da hier die Regelung wegen des laufenden Zuschußbedarfes der Anaphtalinderivatsicherung besonders dringlich ist.

Ungarn wartet ab

Budapest, 30. April.

In der im Außenamt geführten Debatte wurde verabschiedet, den Standpunkt der Regierung in der europäischen Zollfrage durchweg gebilligt. Ministerpräsident Graf Bethlen äußerte dabei, eine Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich würde für Ungarn von großer Wichtigkeit sein, weil Oesterreich nach denselben politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten mit seinen Nachbarn verhandeln würde wie Deutschland. Ein im Werden begriffener französischer Plan wolle den Staaten, auf die der deutsche Plan eine Anziehungskraft ausüben könnte, ebenfalls gewisse Möglichkeiten bieten. Ueber das Wesen des französischen Planes sei noch nicht viel bekannt; doch sei es nicht ausgeschlossen, daß es geringe, aus beiden Plänen einen einheitlichen Plan zustande zu bringen. Es wäre sehr unangebracht, wenn die ungarische Regierung sich heute in der einen oder anderen Richtung binden wolle.

Ein fahrender Eisenbahnzug gerät in Brand. Viele Tote und Verletzte.

Kairo, 30. April.

Auf der Strecke zwischen Lanta und Kairo geriet Mittwochnachmittag ein Zug in Brand. Drei Personenwagen wurden vernichtet, wobei 41 Reisende getötet und etwa ebensoviele verletzt wurden.

Der Ausflüglertzug, auf dem sich die gemeldete Brandkatastrophe ereignete, bestand aus Altkernmaterial. Der Brand ist offenbar durch die Erhitzung der Achsenlager eines am Ende des Zuges befindlichen Wagens 2. Klasse entstanden. Da keine Notbremse und überhaupt kein Mittel vorhanden war, um mit dem Zugführer in Verbindung zu treten, blieben die Bemühungen, ihn aufzuhalten, zu machen, lange Zeit fruchtlos. Infolge der raschen Fahrt des Zuges griffen die Flammen rasch um sich. Drei Personenwagen veränderten sich in eine fahrende Hölle; Männer, Frauen und Kinder, soweit sie nicht im Duell erstickten, stürzten sich aus den brennenden Wagen und blieben zerschmettert neben den Schienen liegen. Halb-

verkohlte Leichen, Sterbende und Wehklagende bezeichneten den Weg des Unglückszuges. Als der Zug endlich zum Stehen kam, war in den drei vom Feuer erfaßten Wagen nichts mehr zu retten.

Die Zahl der Todesopfer auf 46 erhöht.

Kairo. (Funkdruck.) Die Zahl der Todesopfer bei dem gemeldeten Brand in dem fahrenden Zug hat sich auf 46 erhöht. Herzerregende Schilderungen werden von den Ueberlebenden gegeben. Unter den Toten am Wege des Unglückszuges liegen zahlreiche Kinderleichen. Die Kinder wurden von ihren vor Schrecken wahnsinnig gewordenen Müttern aus den Fenstern des fahrenden Zuges geworfen. Die meisten der Leichen sind so verbrannt, daß es unmöglich ist, sie zu identifizieren. Das gilt auch für zehn Kinderleichen. Der Brand war so heftig, daß selbst die Telegraphenleitungen am Wege Feuer gefangen haben. Die Verbindung mit Kairo war rund eine Stunde gestört. — Die verlebte Europäerin ist eine Spanierin mit Namen Arbilli.

dem Wege ins Freie. Möge es gelingen, eine neue Wirtschaftsordnung für ganz Europa anzubahnen. Möge es, wenn die andern hierzu nicht gewillt oder nicht reif sind, wenigstens ein gestärkter Schritt zu tun, um uns wirtschaftlich mit unserem Mutterlande zu vereinigen. „In meinem und wohl in Ihrer aller Namen grüße ich in dieser Stunde unser großes deutsches Muttervolk.“

die nur böser Wille oder Unverstand im Inland verkennen könne. Bei allen Streitfragen sei im Auge zu behalten, daß der größere Teil aller Uebel Oesterreichs von außen erzwungen worden sei durch die höhere Gewalt der Friedensverträge und die durch sie bewirkte ungünstige Gestaltung des österreichischen Wirtschaftsgebietes. Oesterreichs und Deutschlands Regierungen haben den ertien Schritt getan auf